



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 17. September 2025

Von Wolfgang Liedtke

Nach der langen Sommerpause seit Anfang Juli hatten sich viele Geschäfte angesammelt. Die Einladung umfasste 12 Traktanden.

Fragestunde

Neue Festplätze in Adliswil – Geschwindigkeitsmessung auf der Leimbachstrasse – Umgang mit Graffiti – Sanierung Kopfholzstrasse - Mietzinslimiten

Daniel Frei (FW) hielt fest, dass der Anlass „Adliswil bewegt sich“ in diesem Jahr in Werd und die Augustfeier in Dietlimoos stattfand. Er wollte die Einschätzung des Stadtrates über die Eignung der neuen Standorte, Einflüsse auf die Planung, Kosten und Besucherzahlen und Argumente für oder gegen die Ausführungen der Feste an den neuen Standorten kennenlernen. Stadtrat Mario Senn (FDP) teilte mit, dass es hinsichtlich Aufwand und Kosten keinen nennenswerten Unterschied gegeben habe und dass man die Besucherzahlen nicht ermittle. Nach seinem Eindruck waren die Besucherzahlen aber in diesem Jahr höher als sonst. Für den Standort Dietlimoos an der Augustfeier spricht die bessere Infrastruktur gegenüber der Wacht, aber das Grundstück in Dietlimoos sei derzeit für einen Baurechts-Vertrag ausgeschrieben und steht in Zukunft nicht mehr zur Verfügung.

Sebastian Huber (SVP) beklagte, dass für die Geschwindigkeitsmessung auf der Leimbachstrasse das mobile Radargerät auf einem Parkplatz gestellt worden war. Er wollte den Grund für diesen Standort und die Zahl der festgestellten Geschwindigkeitsübertretungen wissen. Stadtrat Mario Senn (FDP) hielt fest, dass die Normen für Geschwindigkeitsmessungen an der Leimbachstrasse keinen anderen Standort zugelassen haben. Ausserdem gebe es keinen Anspruch auf verfügbare Parkplätze im öffentlichen Raum. Bei der Messung seien nur wenig Verstösse festgestellt worden, obwohl sich die Anwohner über zu hohe Geschwindigkeiten beklagt hatten.

Julian Bachmann (EVP) erkundigte sich nach dem Umgang der Stadt mit Graffiti. Er wollte Kennzahlen dazu erfahren und fragte nach Präventionsarbeit beispielsweise in den Adliswiler Schulen. Stadtrat Mario Senn (FDP) erklärte, dass es keine systematische Erhebung der Stadt zu Graffiti und Schmierereien gebe. Es seien nur die zur Anzeige gebrachten Fälle bekannt. Deren Kosten beliefen sich auf 15'000 bis 50'000 Franken pro Fall. Genauere Angaben könne man aus der Datenbank der Kantonspolizei erfahren. Als Massnahmen gegen Graffiti und Schmierereien kämen Oberflächengestaltungen und Bepflanzungen der Flächen in Frage, aber auch Videoüberwachung und Schockbeleuchtung. Die Stadt setzt auf eine Antihafbeschichtung. Die Täterschaften seien in der Regel nicht in den Schulen zu suchen, seiner Ansicht nach auch nicht in Adliswil!

Rolf Schweizer (FDP) erkundigte sich nach den Kosten für die Pflasterung der Parkplätze an der Kopfholzstrasse mit Rasengittersteinen und wollte wissen, ob die Änderung der Pflasterung nicht in die Zuständigkeit des Grossen Gemeinderates falle. Für einmal antwortete nicht Mario Senn, sondern Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP). Sie legte dar, dass der Kostenunterschied nicht sehr gross sei und deshalb der Entscheid unter die Ausgabenkompetenz des Stadtrates falle.

Wolfgang Liedtke (SP) bezog sich auf den Entscheid der Sozialkommission vom 10. Juli 2025 zur Erhöhung der Mietzinslimiten und stellte die folgenden Fragen:

1. Wie hoch sind die prozentuellen Anteile an Fällen mit Übernormmieten bei den einzelnen Haushaltsgrössen, die im Beschluss der Sozialkommission vom 10. Juli 2025 aufgeführt werden?

2. Wie wurden die neuen Mietzinslimiten berechnet, um sicherzustellen, dass die Zahl der Fälle mit Übernormmieten in den nächsten zwölf Monaten nicht über die 2018 festgelegten 30 Prozent ansteigen?

Stadträtin Marianne Oswald (Grüne) nannte die Anteile an Übernormmieten, die im Schnitt zwischen 30 und 40 Prozent lägen, dabei für Zwei-Personen-Haushalten bei 58 Prozent und bei Drei-Personen-Haushalten bei 33 Prozent. Als Grundlage für die Festlegung der neuen Mietzinslimiten habe man das Faktenblatt von Wüest Partner und Vergleichswerte der Gemeinden im Bezirk Horgen und von anderen verfügbaren Gemeinden genommen.

Im Anschluss an die Fragestunde wurden fünfzehn Einbürgerungsanträge gutgeheissen.

Teilrevision des Entschädigungserlasses

Der Entschädigungserlass regelt die Entschädigung von Politikern, sachkundigen Bürgern und Externen. Anlass für die Teilrevision war einerseits, dass die Erhöhung des Pensums für den Schulpräsidenten bzw. die Schulpräsidentin von 30 auf 35 Prozent bis Sommer 2026 befristet ist. Andererseits sind die Sitzungsgelder für die eigenständigen Kommissionen (Sozialkommission, Baukommission), die Schulpflege und städtische Arbeitsgruppen unterschiedlich. Der Stadtrat beantragte, die Erhöhung des Pensums für das Schulpräsidium zu verlängern und die Sitzungsgelder zu vereinheitlichen. Für die vorberatenden Sachkommission nahm Gabriel Mäder (GLP) Stellung. Die Befristung des höheren Pensums für das Schulpräsidium sei angesichts des Aufwandes für das Amt nicht gerechtfertigt. Die Sachkommission unterstütze ausserdem die Vereinheitlichung der Sitzungsgelder. Die Teilrevision würde Mehrkosten von wenigen Tausend Franken im Jahr verursachen und sei nach einstimmiger Ansicht der Sachkommission gerechtfertigt. Vera Buchmann Bach (FDP) und Jacqueline Schoch (Grüne) schlossen sich dieser Meinung an. Daniel Frei (FW) stimmte ebenfalls zu, betonte aber, dass dies keine Präjudiz für die Pensumserhöhung anderer Ressorts in Zukunft darstellen solle. Der Gemeinderat stimmte einstimmig ohne Enthaltung zu.

Postulat zur Publikation einer Einbürgerungsstatistik

Gemeinderäte aus der FDP und der SVP hatten beantragt, in Zukunft jährlich anonymisierte Statistiken über die Einbürgerungen zu veröffentlichen. Als Berichterstatterin der Sachkommission teilte deren Präsidentin Renata Vasella (SP) die einstimmige Unterstützung der Kommission mit. Erstunterzeichner Reto Buchmann (FDP) bedankte sich für den konkreten Vorschlag des Stadtrates, der einen jährlichen Bericht an den Grossen Gemeinderat über die Anzahl der eingebürgerten Personen, die Anzahl der erledigten Gesuche und die Herkunftsländer der Gestuchstellenden vorschlug. Sait Acar (SP) meinte im Namen seiner Fraktion:

Ich bedanke mich bei den Postulanten für diesen Vorstoss. Im vergangenen Jahr sind wir dazu übergegangen, über die Einbürgerungsanträge in der Ratssitzung nur noch unter strenger Einhaltung der Anonymität der Antragstellenden zu entscheiden. Allerdings verfügt zurzeit noch jedes Mitglied des Gemeinderates über die Möglichkeit, sich über die Antragstellenden zu informieren.

Ab 1. Januar 2026 werden wir über diese Informationen nicht mehr verfügen, weil die Zuständigkeit für die Einbürgerungen dem Stadtrat übertragen wurde. Transparenz ist aber ein Grundpfeiler der Demokratie. Deshalb ist es begrüssenswert, dass der Stadtrat dem Postulat Folge leisten wird und in Zukunft einen jährlichen Bericht mit der Anzahl der bearbeiteten Anträge, der erfolgten Einbürgerungen und der Aufschlüsselung nach Herkunftsländern geben wird.

Auch Simon Schanz (Die Mitte) stimmte zu und Pascal Welti (Grüne) bedauerte das Wegfallen der Zeremonie des Grossen Gemeinderates bei den Einbürgerungen. Da kein Gegenantrag gestellt wurde, wurde der Vorschlag des Stadtrates angenommen und das Geschäft abgeschlossen.

Postulat für eine Fussgängerunterführung unter das Gleis der SZU im Soodquartier

Gemeinderäte der SP hatten in einem Postulat angeregt, die Machbarkeit sowie die potenzielle Realisierung einer Fussgängerunterführung unter der SZU-Bahnlinie zwischen der Pumpwerkstrasse und dem Soodring vertieft zu prüfen. Ziel ist es, eine sichere, direkte und barrierefreie Fusswegverbindung zu den nahegelegenen Einkaufszentren, Arbeitsplätzen und Freizeiteinrichtungen zu schaffen. Die erforderlichen Schritte für eine Umsetzung sind dem Gemeinderat vorzuschlagen. Sie begründeten dies mit der dichten Besiedlung des Soodquartiers und der Aufwertung des Gewerbegebiets Sood durch neue Läden. Der Stadtrat befand in seiner Antwort, dass man erst die weitere Entwicklung durch die Neugestaltung der Sihltalstrasse und mit der Strassenunterführung in Sood abwarten solle. Er verwies ausserdem darauf, dass der Grosse Gemeinderat im November 2024 eine Unterführung am Sandackerweg abgelehnt habe. Erstunterzeichner Xheli Etemi (SP) warb mit den folgenden Worten für den Vorschlag:

Das Sood-Quartier ist ein zentrales Wohngebiet mit vielen Familien, älteren Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität. Der Weg zu den Einkaufszentren und Dienstleistungsbetrieben im Bereich von Aldi, Lidl und Landi am Soodring ist für Fussgängerinnen und Fussgänger sehr umständlich. Obwohl die Distanz in Luftlinie sehr kurz ist, müssen die Bewohnerinnen und Bewohner heute grosse Umwege machen, da eine direkte Verbindung fehlt. Das führt dazu, dass selbst für kleine Besorgungen einerseits das Auto benutzt wird, andererseits den Detailhändlern am Soodring das Fünftel an Kundschaft, welche zu Fuss unterwegs ist, fehlt. Genau hier liegt der Kern des Problems: Wir reden viel über den zunehmenden Verkehr in Adliswil und die Belastung durch Lärm und Emissionen, doch ohne konkrete Massnahmen wie diese Fussgängerunterführung wird sich daran nichts ändern. Die geplante Aufwertung des Gebiets am heutigen Soodring wird zu einer grösseren Anziehungskraft führen und die darf nicht mehr Autoverkehr bringen.

Mit einer Unterführung zwischen der Pumpwerkstrasse und dem Soodring würden wir eine direkte und barrierefreie Verbindung schaffen, die den Alltag der Menschen spürbar erleichtert. Die Bewohner könnten ihre Einkäufe und Wege im Quartier zu Fuss erledigen, statt ins Auto zu steigen. Damit würden wir nicht nur den Verkehr entlasten, sondern auch die Lebensqualität im Quartier erheblich steigern. Gleichzeitig profitieren das neue Zentrum und die lokalen Geschäfte, weil sie besser erreichbar werden und damit stärker genutzt werden.

Die Umsetzung ist heute realistischer als früher, weil eine schlanke Lösung für den Fussverkehr genügt. Im November 2014 lehnte der Grosse Gemeinderat mit der Unterführung Sandackerweg ein Projekt ab, das mit dem heutigen nicht vergleichbar ist. Geplant war damals eine Unterführung für Fussgänger- und Veloverkehr mit langen Rampen anstelle eines niveaugleichen Übergangs. Die Kosten für das Projekt sollte Adliswil zu mehr als 90 % tragen - mit einer geringen Beteiligung der SZU, obwohl der Nutzen auf Seiten des Bahnunternehmens lag. Wir finden heute eine andere Ausgangslage vor, nachdem sich das Gebiet am Soodring in den letzten 10 Jahren entwickelt hat.

Unser Vorschlag sieht eine weniger aufwendige Lösung vor, bei der Velos genau wie Kinderwagen über kurze Rampen geschoben werden. Zudem sollte der Versuch unternommen werden, die SZU als Investor einzubeziehen, da auch sie ein Interesse an einer klar geregelten Querungsmöglichkeit hat.

Ich bin überzeugt, dass eine Fussgängerunterführung für das Sood-Quartier eine notwendige und zukunftsgerichtete Investition darstellt. Wenn wir jetzt handeln, schaffen wir eine nachhaltige Verbindung, die den Menschen im Alltag dient, den Verkehr reduziert und die Stadtentwicklung von Adliswil positiv beeinflusst.

Darum bitte ich Sie, der Idee die Chance einer genaueren Analyse zu geben und dieses Postulat zu überweisen.

Daniel Schneider (Grüne) sah den Nutzen einer Unterführung, aber auch die vom Stadtrat geschätzten hohen Kosten von mehr als 2 Mio. Franken. Die Grünen vertraten die Ansicht, dass dieser Vorschlag in das Fuss- und Veloverkehrskonzept gehörten. Die grüne Fraktion sei unentschlossen, stelle aber keinen Ablehnungsantrag. Harry Baldegger (FW) meinte, dass der Vorschlag zu früh komme. Man müsse erst die Entwicklung des Gewerbegebiets an der

Sihltalstrasse abwarten. Dominik Muri (GLP) hielt fest, dass der Bedarf unbestritten sei, schloss sich aber der Meinung des Stadtrates und von Harry Baldegger an. Heinz Geissler (FDP) befand eine Unterführung als zu teuer und beklagte, dass Investitionen beantragt würden, während Baufachleute in der Stadtverwaltung entlassen würden. Wolfgang Liedtke (SP) ergriff das Wort, um darauf aufmerksam zu machen, dass der Stadtrat sowie die Votanten mit einer Velo- und Fussgängerunterführung argumentierten. Das Postulat schlug aber eine Fussgängerunterführung vor ohne die langen und aufwendigen Rampen einer Velounterführung. Damit lägen die Kosten niedriger. Ausserdem stellte er fest, dass alle Wortmeldungen den Bedarf einer Unterführung bestätigt hätten. Er verwies darauf, dass das Postulat lediglich eine Machbarkeitsanalyse vorschlug und nicht die konkrete Planung. Daniel Frei (FW) antwortete darauf, dass der Vorschlag zu einem späteren Zeitpunkt gemacht werden solle. Schliesslich stimmten nur die Gemeinderäte der SP und zwei Gemeinderäte der Grünen für die Überweisung des Vorschlags. Die SP wird in Zukunft einen neuen Versuch für eine Unterführung machen.

Postulat zur Förderung des Wirtschaftsstandortes Adliswil

Gemeinderäte aus der SP mit Unterstützung je eines Gemeinderates der GLP und der SVP hatten vorgeschlagen, die Gründung einer städtischen Standortförderung zu prüfen. Der Stadtrat hatte in seiner Antwort mitgeteilt, das Postulat entgegenzunehmen. Nun ging es darum, ob der Grosse Gemeinderat den Vorstoss zur weiteren Bearbeitung überwies. Erstunterzeichner Esen Yilmaz (SP) begründete das Postulat wie folgt:

Mit grosser Freude nehme ich zur Kenntnis, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Adliswil entgegenzunehmen. Diese Bereitschaft ist ein starkes Zeichen – ein Signal für Offenheit, für Zukunftsorientierung und für den gemeinsamen Willen, Adliswil wirtschaftlich weiterzuentwickeln.

Mein besonderer Dank gilt den Mitunterzeichnenden dieses Postulats: Christoph Sütterlin, Sebastian Huber und Xhelajdin Etemi. Gemeinsam haben wir ein Anliegen formuliert, das weit über Parteigrenzen hinausgeht – ein Anliegen, das die wirtschaftliche Zukunft unserer Stadt in den Mittelpunkt stellt.

Wir alle wissen: Die letzten Jahre waren herausfordernd. Adliswil hat namhafte Unternehmen verloren und das wirtschaftliche Profil unserer Stadt ist ins Wanken geraten. Doch genau darin liegt auch eine Chance. Eine Chance, neue Wege zu gehen, Potenziale zu nutzen und Adliswil als innovativen, lebendigen und attraktiven Standort neu zu positionieren.

Das Postulat schlägt konkrete und zukunftsweisende Massnahmen vor:

- Die gezielte Unterstützung von Start-ups und KMUs,*
- die Schaffung von Infrastruktur und Netzwerkmöglichkeiten,*
- die Kooperation mit Bildungs- und Forschungseinrichtungen*
- und nicht zuletzt die Förderung von Nachhaltigkeit und Innovation.*

Diese Schwerpunkte sind nicht nur sinnvoll – sie sind notwendig. Denn wirtschaftliche Entwicklung braucht nicht nur Raum, sondern auch Rahmenbedingungen, die Unternehmertum ermöglichen und fördern.

Dass der Stadtrat eine externe Potenzialanalyse in Aussicht stellt, um die Erfolgsaussichten dieser Massnahmen zu prüfen, zeigt: Es geht nicht um Symbolpolitik, sondern um Substanz. Um eine fundierte, strategische und wirkungsvolle Standortförderung, die auf Zusammenarbeit und Expertise baut.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen: Innovation braucht Unterstützung. Sie braucht Mut, Vertrauen und den politischen Willen, Neues zuzulassen. Mit der Entgegennahme dieses Postulats zeigt der Stadtrat, dass er bereit ist, diesen Weg mit uns zu gehen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, Adliswil wirtschaftlich zu stärken – nicht nur für die Unternehmen von heute, sondern auch für die Ideen von morgen.

Rolf Schweizer (FDP) bezweifelte, dass Unternehmen wegen mangelnder Attraktivität Adliswils weggezogen seien. Die Migros habe ihren Hauptsitz nach Adliswil verlegt, weil sie hier 50 Parkplätze erhalten habe, während Zürich nur 15 Plätze zur Verfügung stellen wollte.

Notwendig sei ein unternehmensfreundliches Mindset. Gute Werbung allein nütze wenig. Da kein Ablehnungsantrag gestellt wurde, wurde das Postulat überwiesen.

Stand Masterplan Zentrum Süd

Der Interpellant Sebastian Huber (SVP) bezog sich auf Meldungen in den Medien, dass Baurechtsrekurse die Überbauung «Baumgartenhof» im Quartier Zentrum Süd blockiert. Dabei sollte der Baubeginn bereits 2023 und Fertigstellung 2025 sein. Er wollte unter anderem wissen, wie hoch die bisherigen Ausgaben der Stadt waren und wie hoch das Risiko von Schadensersatzforderungen an die Stadt sei. Ausserdem erkundigte er sich nach dem Stand des Projekts Südspitze im Zentrum Süd. In seinem Votum bemängelte Huber, dass eine Interpellation nötig sei, um für Transparenz in diesem Geschäft zu sorgen. Seiner Ansicht nach gebe es planerische Versäumnisse. Adliswil sei ein gebranntes Kind für versandete Projekte. Er bezog sich damit offenbar auf die lange Planungsgeschichte für das Stadthausareal. Thomas Iseli (FDP) verpasste das Thema und beklagte eine zu starke Verdichtung in Adliswil. Stadtrat Felix Keller (parteilos) stellte klar, dass auch nach dem Baugerichtsurteil die Sonderbauschriften für das Zentrum Süd weiterhin gültig seien. Der Stadtrat würde die Baubewilligung für das Projekt Baumgartenhof demnächst behandeln und die Bauherrschaft halte an ihren Plänen fest. Die Baubewilligung für das Projekt Südspitze würde voraussichtlich Ende dieses Jahres erteilt.

Voraussetzung für die Einführung einer Tagesschule

Mit einer Interpellation erkundigten sich Gemeinderäte der SP nach den Voraussetzungen für die schrittweise Einführung einer Tagesschule in Adliswil nach dem Vorbild Zürichs. Unter anderem wollten sie wissen, welche Schulhäuser sich für eine Tagesschule eignen würden, wie viel zusätzliches Betreuungspersonal notwendig sein würde.

Erstunterzeichner Wolfgang Liedtke beschrieb das Anliegen der Interpellanten wie folgt:

Ich bedanke mich beim Stadtrat und bei der Schulpflege für die ausführliche und sorgfältige Beantwortung unserer Fragen. Ich möchte kurz erklären, was der Hintergrund unseres Fragenkatalogs ist.

Es ist bekannt, dass die SP sich für die gebundene Tagesschule einsetzt. Wir finden nicht nur Tagesstrukturen, sondern eben auch gebundene Tagesschulen richtig und wichtig. Nicht nur veränderte gesellschaftliche Anforderungen und pädagogische Erkenntnisse verlangen nach einer stetigen Weiterentwicklung der Volksschule, sondern auch die Tatsache, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern mit Kindern im Schulalter eine Herausforderung darstellt. Vor allem aber helfen Tagesschulen den Kindern. Sie fördern Sozialkompetenz, bessere Leistungen und die Chancengleichheit oder zumindest eine Chancengerechtigkeit. Dies hat auch der Bundesrat schon 2005 in seiner Antwort auf eine Interpellation von Silvia Schenker im Nationalrat formuliert.

Seit einigen Jahren haben wir ein gebundenes Tagesschulsystem in der Stadt Zürich, dass eine Ganztagesbetreuung aller Schülerinnen und Schüler unter Kostenbeteiligung der Eltern anbietet, falls sie nicht von den Eltern abgemeldet werden. In Adliswil haben wir eine offene, modulare Tagesschule, welche eine flexiblere Anmeldung der Schüler für die einzelnen Wochentage erlaubt, bei im Durchschnitt leicht höherer Kostenbeteiligung der Eltern als in Zürich. Vor dem Hintergrund, dass die Ganztagesbetreuung für berufstätige Eltern grundsätzlich attraktiv ist, ergibt sich daraus ein Standortnachteil für Adliswil. Die Antworten auf unsere Fragen bestätigen ausserdem unseren Eindruck, dass das Adliswiler Angebot aktuell an seine Kapazitätsgrenze angelangt ist.

Die Interpellanten sind der Überzeugung, dass das bestehende Angebot der «Schule plus» in Zukunft gemäss einer steigenden Nachfrage schrittweise ausgebaut werden muss. Uns ging es darum zu erfahren, ob es hinsichtlich der räumlichen Kapazitäten Möglichkeiten zu einem Ausbau des bestehenden Angebotes gibt – beispielsweise mit einer gebundenen Tagesschule pro Schulstufe - und welche Kosten damit verbunden sind.

Die Antworten des Stadtrates bzw. der Schulpflege zeigen, dass die Finanzierung für ein Vollangebot ähnlich dem der Stadt Zürich für unsere Gemeinde kurz- und mittelfristig ohne

eine Finanzierung durch den Kanton nicht zu leisten ist. Zu den jährlich 4,1 Mio. Franken zusätzlich zu den heute bestehenden Kosten kämen die Aufwände für die bauliche Erweiterung der bestehenden Schulhäuser. Ein gebührenfreies Angebot für sämtliche Schülerinnen und Schüler würde jährlich ca. 20 Mio. Franken zusätzlich zu den heutigen Betreuungskosten erfordern.

Wie gesagt sind wir der Überzeugung, dass die Schule Adliswil ihr Betreuungsangebot schrittweise gemäss der Nachfrage weiter ausbauen sollte. Längerfristig gehen wir davon aus, dass die Entwicklung hin zu einer gebundenen Tagesschule führen wird, hat sich dieses Modell doch international bewährt. Vorstösse in dieser Richtung hat es im Kantonsrat bereits gegeben – beispielsweise eine Parlamentarische Initiative für eine Anschubfinanzierung an die Gemeinden, die im Juli dieses Jahres vorläufig unterstützt wurde.

Adliswil sollte auf diese Entwicklung nicht unvorbereitet sein. Die Interpellanten würden es begrüssen, wenn mittels einer Umfrage die Bedarfe der Eltern ermittelt würden. Die Umfrageergebnisse würden eine Basis für die Planung des weiteren Ausbaus der Ganztagesbetreuung bzw. für das Angebot einer Tagesschule pro Schulstufe in Adliswil liefern. Wir werden in einem Postulat eine solche Umfrage zur Diskussion stellen, um einen schrittweisen Ausbau des Angebots mit dem Endziel einer gebundenen Tagesschule anzustossen.

Heinz Geissler (FDP) meinte, dass ein Betreuungssystem wichtig und dass das heutige Betreuungssystem «Schule plus» in Adliswil kostengünstig sei. Jede Familie soll selbst über die Art und den Umfang der Betreuung entscheiden können. Ein Ausbau des heutigen Systems würde massive Mehrkosten verursachen. Angela Broggini (Grüne) stellte fest, dass die Nachfrage nach Ganztagsbetreuung in Adliswil hoch sei. Klassische Familienstrukturen seien nicht mehr Realität, weshalb die schulische Infrastruktur ausgebaut werden müsse. Tagesschulen entlasten Familien und fördern die Chancengleichheit unter den Schülerinnen und Schülern. Auch sie wollte wissen, wie der Bedarf in Adliswil ist. Die Kosten für einen Ausbau seien unbestritten, aber man müsse vorbereitet sein, denn die Einführung der gebundenen Tagesschule würde irgendwann kommen. Gabriel Mäder (GLP) stimmte dem Ziel der Interpellanten zu, aber die Lösung müsse liberal und nachfrageorientiert sein. Tagesschulen seien weniger flexibel, die Ganztagesbetreuung in Adliswil ohne pädagogischen Rahmen ermögliche dagegen einen flexiblen Einsatz des Personals. Zur Beurteilung von Mäders Wortbeitrag muss man wissen, dass er gemeinsam mit seiner Fraktion im Kantonsrat die Parlamentarische Initiative für eine Anschubfinanzierung des Kantons bei der Einführung von Tagesschulen vor wenigen Wochen unterstützt hat. Eine geradlinige Politik ist ihm offenbar nicht wichtig – ein Umstand, den man hinsichtlich seiner Kandidatur für den Stadtrat im Auge behalten sollte. Abschliessend verstieg sich Reto Buchmann (FDP) sogar zur Behauptung, dass die Kapazitäten in Adliswil erst zu 25 Prozent genutzt würden.

Gestaffelter Neubau Sihlmatten

Mit Bezug auf die gleichzeitige Kündigung aller Mietparteien in der Gartensiedlung Langenberg in Langnau durch die Zurich Versicherung wollten Gemeinderäte der FDP mit einer Interpellation erfahren, ob ein gleiches Vorgehen der Zurich bei dem Neubau der Siedlung Sihlmatten ausgeschlossen werden kann bzw. ob eine Etappierung des Neubaus vereinbart wurde. In seinem Votum kritisierte Erstunterzeichner Reto Buchmann (FDP), dass der Stadtrat erst nach Einreichen der Interpellation auf den Investor zugegangen sei. Gabriel Mäder (GLP) erinnerte daran, dass viele Bewohner der Überbauung Sihlmatten bereits seit Jahrzehnten in Adliswil wohnten und kaum eine Ersatzwohnung in Adliswil finden könnten. Es gebe nur begrenzte Einflussmöglichkeiten des Stadtrates im städtebaulichen Vertrag, in dem aber auch schon preisgünstige Wohnungen verlangt würden. Pascal Welti (Grüne) widersprach, indem er daran erinnerte, dass bei der Vorstellung des Gestaltungsplans vor zwei Jahren ein etappiertes Vorgehen angekündigt worden war. Er betonte die Wichtigkeit mit dem Satz, Wohnen sei ein Zwangskonsum, Nicht-Wohnen sei nicht möglich. Stadtrat Felix Keller (parteilos) hat begleitende Massnahmen mit dem Investor vereinbaren können. Eine Etappierung sei nicht möglich. Einerseits könne es Altlasten im Boden geben, andererseits

müsste eine provisorische zweite Brücke erstellt werden, was nicht möglich sei. Hier muss der Beobachter leider feststellen, dass der Stadtrat seinen Pflichten nicht nachgekommen ist und stattdessen den leeren Versprechungen des Investors über eine Etappierung auf den Leim gegangen ist. Verantwortung gegenüber der Bevölkerung sieht anders aus.

Busverbindung nach Zürich

Gemeinderäte aus der FDP bezogen sich auf häufige Verspätungen der Busse der Linien 184 und 185, so dass die Fahrgäste ihre Anschlüsse im Bahnhof Wollishofen nicht erreichen könnten. Sie führten dies auf die «schädliche Verkehrspolitik» der Stadt Zürich zurück und wollten mit einer Interpellation erfahren, wie häufig diese Verspätungen sind und was der Stadtrat dagegen unternimmt. Der Stadtrat antwortete, dass laut Auskunft der VBZ diese beiden Linien überdurchschnittlich pünktlich seien und dass er in ständigem Austausch mit der VBZ und dem ZVV sei. Eine Lösung könnte eine durchgehende Busspur bis Wollishoferplatz sein, das aber läge in der Zuständigkeit der Stadt Zürich. Erstunterzeichner Reto Buchmann (FDP) kritisierte, dass der Stadtrat auf statistische Informationen verweise, die sich aber nicht mit den Erfahrungen der Nutzer der beiden Buslinien decke. Er verlangte einen klaren Einsatz des Stadtrates beim Stadtrat Zürich für eine Lösung, denn die linke Verkehrspolitik Zürichs verschlechtere den ÖV in Adliswil.

Abschluss der städtischen Pensionskasse

Der im April ausgeschiedene Gemeinderat Bernie Corrodi (FW) hatte mittels einer Interpellation vom Stadtrat Zahlen und Termine zum Abschluss der Pensionskasse der städtischen Angestellten, die seit 1. Januar 2023 der BVK angeschlossen worden war, erfahren wollen. Nach dem Ausscheiden Corrodis aus dem Grossen Gemeinderat hatte Wolfgang Liedtke (SP) diese Interpellation weitergeführt. In seiner Antwort beschied der Stadtrat, dass er keine Auskünfte erteilen könne, und verwies an den Stiftungsrat der Pensionskasse. Wolfgang Liedtke kommentierte die Verweigerungshaltung von Stiftungsrat und Stadtrat mit den folgenden Worten:

Mit dieser Interpellation wollte Bernie Corrodi, von dem ich sie übernommen habe, vom Stadtrat Informationen über den Status und den Abschluss der Pensionskasse der städtischen Angestellten der Stadt Adliswil erfahren. Die Pensionskasse ist bekanntlich zum 1. Januar 2023 zur BVK ausgelagert worden. Der Hintergrund für die Fragen ist, dass die Versicherten der Pensionskasse im Mai 2024 darüber informiert wurden, dass die Erlöse aus den Immobilienverkäufen höher ausgefallen waren als gedacht. Es wurde eine Akonto-Ausschüttung für 2025 angekündigt. Im vergangenen Jahr richtete Bernie Corrodi deshalb als Versicherter Fragen über Zahlen und Daten an den Stadtrat, die dieser an den Stiftungsrat der Pensionskasse weiterleitete. Eine Antwort hat Bernie indessen vom Stiftungsrat nie erhalten. Bezogen auf die vorliegende Interpellation beantwortet der Stadtrat nur die Frage nach der Übernahme von Liegenschaften der Pensionskasse durch die Stadt. Darüber hinaus macht er sich einen schlanken Fuss mit dem Verweis, die Pensionskasse sei eine privatrechtliche Stiftung und der Stadtrat nicht befugt, Auskünfte zu erteilen. Keine Beachtung findet offenbar, dass die Betroffenen, die auf Informationen warten, heutige und ehemalige Angestellte der Stadt sind.

Man fühlt sich an Carl Zuckmayers Schuster Voigt erinnert, der keine dauerhafte Anstellung ohne Pass und keinen Pass ohne dauerhafte Anstellung erhalten konnte. Bernie Corrodi erhält keine Auskunft vom Stiftungsrat, was dem Stadtrat bekannt ist, und wird trotzdem vom Stadtrat an den Stiftungsrat verwiesen. Dabei sitzt ein Mitglied des Stiftungsrates im Stadtrat, nämlich Karin Fein, und hätte den Stiftungsrat bitten können, die gewünschten Informationen an Bernie Corrodi weiterzugeben.

Aber das passt ins Bild eines bräsigen Stadtrates. Mit normativem Handeln ist er häufiger aufgefallen als mit transparentem oder pragmatischem Agieren.

Die Sitzung endete aufgrund der disziplinierten Wortmeldungen trotz der langen Traktandenliste schon um 21.30 Uhr.